

Internet an Schulen: Bundesregierung fordert Computer für den Unterricht

Breitband-Internet für alle Schulen, Informatik ab der Grundschule, Algorithmen als Pflichtkurs: Die Große Koalition will die digitale Kompetenz von Deutschlands Schülern verbessern - laut "Süddeutsche Zeitung" mit einem Länderstaatsvertrag.



DPA

Internet für alle: Schüler mit Tablet-Computern in einem digitalen Klassenzimmer bei der Bildungsmesse didacta

-
-
-
-

Digitale Bildung soll an deutschen Schulen einen größeren Stellenwert bekommen, die Bundesregierung hat dazu nun offenbar konkrete Pläne: Nach Informationen der "Süddeutschen Zeitung" haben sich die Fraktionen von Union und SPD auf einen gemeinsamen Antrag verständigt, den sie an diesem Donnerstag in den Bundestag einbringen wollen.

In dem Antrag heißt es demnach, das schlechte Abschneiden von deutschen Schülern bei einer internationalen Studie zu Computer-Kompetenzen stehe "im Widerspruch zum Anspruch Deutschlands, eine fortschrittliche Bildungsnation zu sein". Der Umgang mit dem Internet und die Arbeit mit digitalen Lernmaterialien spielten bisher im Unterricht leider "oft noch eine eher untergeordnete Rolle".

Die Forderungen der Bundesregierung lauten daher laut Bericht: einen Breitbandanschluss für alle Schulen, ein bildungsfreundliches Urheberrecht als

Grundlage für eine digitale Lehrmittelfreiheit und einen "Pakt für Digitale Bildung". Mit diesem Pakt sollten "die unterschiedlichen Aktivitäten von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gebündelt" werden, um die digitale Ausstattung und Infrastruktur der Schulen zu verbessern.

Die digitalen Lerninhalte wie das Verständnis von Informatik sowie die Logik von Algorithmen sollen demnach fächerübergreifend und verpflichtend unterrichtet werden.

"Digitale Spaltung überwinden"

Weil der Bund wegen der Kulturhoheit der Länder nur begrenzt auf Schulen Einfluss nehmen kann, regen die Koalitionsfraktionen dem Bericht zufolge den Abschluss eines Länderstaatsvertrags an.

In diesem solle dann "die Förderung eines zeitgemäßen und altersgerechten Informatikunterrichts ab der Grundschule", eine bessere Aus- und Fortbildung der Lehrer sowie die Entwicklung bundeseinheitlicher Mindeststandards "zur digitalen Informations- und Medienkompetenz" der Schüler vereinbart werden.

So sollen auch Kinder digital geschult werden, die aus finanziellen Gründen zum Beispiel nicht an einem eigenen Computer arbeiten können. Der Titel des Regierungsantrages lautet "Durch Stärkung der digitalen Bildung Medienkompetenz fördern und digitale Spaltung überwinden" - der Digital-Plan soll sich vor allem auch an Kinder aus ärmeren Familien und mit Migrationshintergrund richten; sie hatten bei der internationalen Studie besonders schlecht abgeschnitten.

Bei der im November vorgestellten Studie zu Computer- und informationsbezogenen Kompetenzen (ICILS) waren Achtklässler in Deutschland in der Rangliste nur im Mittelfeld gelandet. Damit lagen sie hinter ihren Altersgenossen unter anderem aus Tschechien, Kanada, Australien und Norwegen. Für die repräsentative Untersuchung wurden im Jahr 2013 Schüler in mehr als 20 Ländern befragt.